

Antrag der Fraktionen der CDU und der FDP

Bremerhaven braucht auch künftig 25 % der Investitionsmittel des Landes Bremen

Mit Blick auf die nach wie vor hohe Arbeitslosenquote in Bremerhaven muss die See-stadt auch künftig durch eine zielgerichtete und nachhaltige Strukturpolitik gefördert werden. Wesentliches Element für Wachstum und Beschäftigung sind hinreichende Investitionen in die kommunale Verkehrsinfrastruktur wie in die Häfen sowie in jene Projekte, deren Realisierung zur Schaffung und zum Erhalt von Arbeitsplätzen in der Region beitragen. Hierfür braucht Bremerhaven Gestaltungsmöglichkeiten und Planungssicherheit, denn die Stetigkeit der öffentlichen Investitionen und Investitionsförderung ist für die als Partner benötigten Unternehmen von herausragender Bedeutung. Ein Festhalten an der bisherigen Praxis, nach der Bremerhaven einen Anteil in Höhe von 25 % an den Investitionsmitteln des Landes erhielt, und ohne die eine Realisierung des CT IV, des Auswanderhauses oder der Havenwelten nicht möglich gewesen wäre, ist daher im Interesse der Zukunftsfähigkeit des Standortes unerlässlich. Der erfolgreiche Strukturwandel und der positive Veränderungsprozess der letzten Jahre in Bremerhaven müssen fortgesetzt und finanziell gefördert werden. Die Landesverfassung legt fest, dass „sich die Freie Hansestadt Bremen zum Zusammenhalt der Gemeinden des Landes bekennt und auf gleichwertige Lebensverhältnisse hin-wirkt“.

Die Bürgerschaft (Landtag) möge beschließen:

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert daher den Senat auf:

Der Senat der Freien Hansestadt Bremen wird aufgefordert, den Anteil Bremerha-vens in Höhe von 25 % an den Investitionsmitteln des Landes Bremen auch weiterhin sicherzustellen.

Paul Bödeker,
Hartmut Perschau und Fraktion der CDU

Mark Ella,
Uwe Woltemath und Fraktion der FDP